

Inkermann, Nilda

Eine global orientierte politische Bildung der Sorge

ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 49 (2026) 1, S. 10-14



Quellenangabe/ Reference:

Inkermann, Nilda: Eine global orientierte politische Bildung der Sorge - In: *ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik* 49 (2026) 1, S. 10-14 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-358766 - DOI: 10.25656/01:35876; 10.20377/zep-80

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-358766>

<https://doi.org/10.25656/01:35876>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<https://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep/profil>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and render this document accessible, make adaptations of this work or its contents accessible to the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Nilda Inkermann

Eine global orientierte politische Bildung der Sorge

Zusammenfassung

Der Beitrag beschäftigt sich ausgehend vom Begriff der „Sorge“ als zentralem Element menschlicher Existenz mit Neuausrichtungen von demokratischen, nachhaltigen, ökonomischen Strukturen und damit gesellschaftlicher Lebens- und Produktionsweisen, in denen Sorge und Interdependenzen eine zentrale Bedeutung einnehmen. Daran anschließend wird skizziert, wie eine global orientierte politische Bildung an diese Diskurse anschließen kann.

Schlüsselwörter: *Sorge, Interdependenzen, Vulnerabilität, Prekarität, Bildung*

Abstract

Based on the concept of “care” as a central element of human existence, this article deals with the realignment of democratic, sustainable, economic structures and thus of modes of living and production in which care and interdependencies play a central role. It then outlines how globally oriented citizenship education can tie in with these discourses.

Keywords: *Care, interdependence, vulnerability, precarity, education*

Einführung

Will man Gendergerechtigkeit als Perspektive für globale Gerechtigkeit und die Rolle von Bildung in diesem Kontext diskutieren, sind verschiedene Startpunkte denkbar, von denen ausgegangen werden kann. Es kann die Frage gestellt werden, welche unterschiedlichen Verständnisse von Gendergerechtigkeit im fachwissenschaftlichen Diskurs virulent sind und welche warum dominant sind. Welche Krisen- und Problemanalysen liegen diesen Verständnissen von Gendergerechtigkeit zugrunde? Welche Modelle und Praxen der Gendergerechtigkeit existieren? Welche Rolle wird Gendergerechtigkeit für die Gestaltung einer nachhaltigen und demokratischen globalen Welt zugeschrieben? Eine global orientierte politische Bildung knüpft idealerweise an alle diese Fragen an.

Gendergerechtigkeit wird häufig als Querschnittsaufgabe beschrieben, ein Anspruch, der neben anderen Querschnittsaufgaben – wie bspw. Menschenrechten, Armutsreduktion, Nachhaltigkeit, Demokratisie-

rung – als Perspektive immer mitgedacht werden soll. Eine der Herausforderungen, die mit der Deklaration unterschiedlicher Querschnittsaufgaben einhergeht, besteht darin, dass diese oft unverbunden nebeneinander oder sogar in Konkurrenz zueinanderstehen.

Die leitende Frage dieses Beitrags lautet, wie (öko-)feministische Debatten um und Praxen von Sorge die Perspektive auf Gendergerechtigkeit erweitern und darüber auch Verständnisse von Demokratisierung, Nachhaltigkeit und einer global orientierten politischen Bildung öffnen.

Warum Sorge?

Sorge – im englischen care – als Konzept geht von der Prämisse aus, dass Menschen grundlegend auf die Sorge anderer Menschen angewiesen sind. Sorge ist damit eine unverzichtbare Notwendigkeit für alle und damit Grundlage von Leben. Sorge als ganzheitliches Konzept der Selbst- und Fürsorge, die sich auf die Beziehungen zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur, zwischen Menschen und des Menschen zu sich selbst erstreckt, dient der Aufrechterhaltung und der Wiederherstellung des täglichen Lebens und gesellschaftlicher Verhältnisse (Aulenbacher, 2020, S. 127). Sie fand und findet immer statt, sie ist eine Praktik von „ontologischer Signifikanz“ (Puig de la Bellacasa, 2017, S. 3). Sorge liegt damit allem zugrunde.

Sorgetätigkeiten gehen nicht mit der Herstellung von (Konsum-)Gütern einher, sondern sind durch affektive, immaterielle und emotionale Arbeit gekennzeichnet. Im Kontext von Sorge wird zwischen unentlohnenden, im vermeintlich Privaten stattfindenden Tätigkeiten, wie Kochen, Putzen, Kinder gebären und versorgen, Angehörige pflegen, emotionalen Beistand leisten oder Mental Load einerseits und (schlecht) entlohnenden Tätigkeiten andererseits unterschieden. Zu (schlecht) entlohnenden Tätigkeiten zählen bspw. die Arbeit von Reinigungskräften, Haushälter/-innen, Erzieher/-innen, Sozialarbeiter/-innen, Pflegetätigkeiten in Kliniken, Heimen oder ambulante Pflege (Knobloch & Kleinert, 2022, S. 307).

Sorgeverhältnisse werden oft dem Bereich des Privaten zugeordnet, individualisiert betrachtet und damit entpolitisiert. Den politischen Charakter von Sorge zu

thematizieren, geht über Fragen einer angemessenen Wertschätzung und Entlohnung von Sorgetätigkeiten hinaus. Die politische Bedeutung von Sorge zeigt sich darin, dass sie politisches Handeln überhaupt erst ermöglicht. Entsprechend können Sorgebeziehungen und -verhältnisse nicht aus politischen Prozessen ausgeklammert werden. Zugleich wird Sorge immer politisch verhandelt. Sorge wird auf gesellschaftlicher Ebene institutionalisiert und wird darüber verortet und organisiert (Knobloch & Kleinert, 2022, S. 316).

Die Frage, wie Sorge gesellschaftlich organisiert wird, wer daran beteiligt wird und wer unter welchen Bedingungen sorgt und umsorgt wird, ist eine politische Frage, ebenso wie die Frage, was als Sorge gilt (Maier, 2024, S. 163).

Analysen zu Geschlechterverhältnissen knüpfen an diese Fragen an. Im Folgenden werde ich diese im Kontext kapitalistischer Entwicklungen thematisieren und darüber den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Sorge und Geschlechterverhältnissen umreißen. Die Sorge-Debatte dient hier als Ausgangspunkt: über sie werden Geschlechterverhältnisse als ein Bestandteil gesellschaftlicher Reproduktionszusammenhänge sichtbar, die von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen bestimmt sind (Dück, 2016, S. 162). Der Reproduktionsbegriff ist in der Auseinandersetzung mit Sorge zentral, da darüber der Bezug zur Arbeit bzw. die Reproduktion der Arbeitskraft hergestellt wird. Die Analyse kapitalistischer Verhältnisse wird hier an die Formbestimmung von Arbeit gekoppelt (Aulenbacher, 2020, S. 130). Diesbezüglich werden neben Geschlechter- auch Klassen- und ethnisierte Verhältnisse in den Blick genommen. Die Funktionalisierung von Sorge und Reproduktion für kapitalistische Verhältnisse sowie deren Inwertsetzung stellen hier einen zentralen Ausgangspunkt dar, um Nachhaltigkeit und Demokratisierung zu konzeptualisieren und gegenwärtigen globalen Krisenentwicklungen zu begegnen.

Im Kontext vielfacher globaler Krisen geht es einerseits um (sozial-ökologische) Transformationen und die Frage, welche Prozesse diese im Besonderen vorantreiben (Atzmüller et al., 2024). Andererseits stellt sich die Frage, wie in diesen Prozessen die Reproduktionsweise kapitalistischer Gesellschaften thematisiert wird und welche Bereiche diesbezüglich verhandelt werden. „Letzteres verweist darauf, dass in den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen auch jene sozialen Institutionen, gesellschaftlichen Arbeitsteilungen sowie sozialpolitische Regulierungen, in denen und durch die (soziale) Reproduktionsweisen organisiert werden, erstens einem grundlegend umkämpften und widersprüchlichen Anpassungsdruck ausgesetzt sind, und zweitens – nicht zuletzt aufgrund des Beharrens feministischer Forschung auf die Bedeutung dieser Perspektive – zunehmend als Bereich verstanden werden, der gesellschaftliche Veränderung auch vorantreiben kann.“ (ebd., S. 23).

Die Konstitutionsbedingungen kapitalistischer Gesellschaften, in denen ökonomische Handlungen markt-, wachstums- und profitorientierte Produktionsprozesse und Arbeitsteilung dominieren, stehen in einem grundsätzlichen Widerspruch zur Lebenssorge, also den

Reproduktionsnotwendigkeiten von Gesellschaften. „Diese Widersprüchlichkeit bedingt die Ausbeutung, Unterordnung, Vernachlässigung und Abwertung der immer noch vorwiegend von Frauen [und Migrant/-innen, N.I.] ausgeführten Sorgearbeit“ (ebd., S. 25). In feministischer Forschung und Literatur werden Entwicklungen wie Reproduktionslücken in Privathaushalten, Gefährdung öffentlicher Daseinsfürsorge, Erschöpfung von Arbeitskräften oder transnationale Verschiebungen von Sorgearbeit analysiert und diskutiert und als Care-Krise beschrieben (Winker, 2011). Reproduktionsarbeiten werden zunehmend an Dritte delegiert und entlang von Klasse und race reorganisiert. Qualitative und fürsorgliche Versorgung wird strukturell erschwert (Dück, 2016, S. 165f.).

Die vergeschlechtlichte Trennung von Privat und Öffentlich sowie die Hierarchisierung produktiver und reproduktiver Tätigkeiten, die historisch gewachsen und geworden sind, verdeutlichen, wie durch die Kommodifizierung von Sorge die Gefährdung und Zerstörung von Fürsorglichkeit als notwendiges reproduktives Element von Gesellschaften voranschreitet (ebd., S. 170).

Im Folgenden schließe ich mit einer Auseinandersetzung zu Demokratie und Sorge an, um zu verdeutlichen, wie spezifische Subjektverständnisse die Sorgepolitiken bedingen und welche Perspektiven auf Demokratisierungsprozesse im Hinblick auf Sorge sich daraus ergeben.

Demokratisierung aus sorgender Perspektive

Durch eine Sorgeperspektive wird die Abhängigkeit von Sorge und die Vulnerabilität von Menschen sichtbar, von der aber nicht alle in gleicher Weise betroffen sind. Im aktuellen kapitalistischen Gesellschaftssystem werden Abhängigkeit und Verletzlichkeit durch Vorstellungen von autonomen (Wirtschafts-)Subjekten oft unsichtbar gemacht und über politische Prozesse, Grenzziehungen und Ausschlüsse unterschiedliche Zugänge zu Sorge und dem Schutz des Lebens etabliert (Sauer, 2024, S. 37). Queer-feministische Ansätze von Sorge blicken auch auf die Rolle von Staatlichkeit bei der Gestaltung von Sorgeverhältnissen, also der Ermöglichung und Verunmöglichung von Tätigkeiten, die zum Wohlergehen von einzelnen Menschen und Gemeinschaften notwendig sind. Aus einer herrschaftskritischen Perspektive wird gefragt, wie Menschen dabei ungleich zueinander in Beziehung gesetzt und „damit gewaltvolle gesellschaftliche Strukturen, Institutionen, Beziehungen sowie Selbstverhältnisse geformt werden.“ (Maier, 2024, S. 161) In (wohlfahrts-)staatlichen Familienpolitiken, Arbeitszeitregelungen oder Gesetzen werden spezifische Konzeptionen von Sorge sichtbar und materialisieren sich. Und in diesen werden entsprechend auch Vorstellungen von Geschlecht hergestellt und reproduziert. Liberale Demokratien bringen zweigeschlechtliche und heteronormativ geformte Körper hervor und basieren auf einem idealisierten Subjekt, dem männlichen Aktivbürger (Sauer, 2024, S. 33f.). „Das für den modernen bürgerlich-kapitalistischen Staat vorausgesetzte Selbstverhältnis befreit somit den modernen Bürger durch die Ver-

dinglichung des eigenen Körpers vermeintlich von diesem und entwertet jegliche Formen von Verletzlichkeit und Sorge.“ (Maier, 2024, S. 168). Die Spaltung in Sorgende und Umsorgte vollzieht sich in strukturell sorglosen Staaten entlang von vergeschlechtlichten, cis-sexistischen, rassistischen und ableistischen Trennlinien und bestimmte Körper werden ins Private gedrängt. Bürgerlich-moderne Staatlichkeit ist demnach gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Bereichen, Tätigkeiten und Körpern strukturell sorglos. Die Trennung von öffentlich und privat, die im Konzept der Staatsbürger/-in mit der Befreiung von Körperlichkeit und Verletzlichkeit verbunden ist, sichert die moderne Fiktion von Freiheit und Gleichheit aller im bürgerlich-kapitalistischen Staat (Maier, 2024, S. 168f.).

Das alltägliche Fehlen und die konstitutive Abwertung von Sorge wird zugleich durch staatliche Sorgepraktiken abgesichert. „Der wohlfahrtsstaatliche Auftrag der Versorgung der vorzugsweise »eigenen« Staatsbürger*innen ist im Rahmen von Leistungen oder Fürsorgeinstitutionen nicht nur selektiv, er wird auch von staatlichen Sicherheitspolitiken, Kontrollen oder Arbeitsmarktregulierungen abgesichert, die den Ausschluss bzw. die spezifische Integration der »Anderen« zum Zweck der Versorgung der »eigenen« Bevölkerung regulieren.“ (Maier, 2024, S. 169).

Diese Perspektive auf den strukturell sorglosen Staat verdeutlicht, dass liberale Demokratien den Grundwiderspruch kapitalistischer Ökonomien – die Abspaltung und Externalisierung von Sorge sowie der damit verbundene „Sorgeextraktivismus“ (Wichterich, 2013) – nicht lösen oder gar abschaffen (Sauer, 2024, S. 33). Die Leugnung und Bekämpfung von Mitgefühl, Sorge füreinander und für nicht-menschliche Welten, in die Menschen eingebettet sind, zeigt sich in vielen Facetten. In einer zunehmend menschenfeindlichen Asylpolitik, in der Ignoranz gegenüber den zunehmend, sich zuspitzenden und sich häufenden sozial-ökologischen Katastrophen oder auch der Infragestellung und/oder der Kommerzialisierung von gesellschaftlich organisierter Daseinsfürsorge. Queer-feministische Theoretiker/-innen setzen hier an und denken Demokratie aus Sicht von Körperlichkeit und der Notwendigkeit von Sorge. Sorge als Tätigkeit, als Lebensbedingung findet im Rahmen notwendiger Abhängigkeit von anderen Menschen statt und für diese Abhängigkeit kann sensibilisiert werden. Das Wissen um gemeinsame Abhängigkeit und Verletzlichkeit kann dann zur Grundlage gemeinsamen demokratischen Handelns als „fürsorgliche Praxis“ einer „caring democracy“ reformuliert werden (Sauer, 2024, S. 38). Ein demokratischer Perspektivwechsel zeigt sich erstens darin, dass liberale Vorstellungen des Subjekts radikal transformiert werden müssen. An die Stelle des souveränen, maskulinen, weißen Subjekts „muss ein politisches Subjekt treten, das die Unmöglichkeit von Autonomie zum Ausgangspunkt für politisches Handeln nimmt“ (Ludwig, 2013, S. 478). Dieses Subjekt, das immer in menschliche und nicht-menschliche Beziehungen, Geflechte und Netze eingebunden ist, muss sich zweitens der fundamentalen Abhängigkeit und

Prekarität des Lebens gewahr sein (Lorey, 2012). Die Bedingungen des Prekär-seins sind drittens jedoch ganz unterschiedlich verteilt, umkämpft und konfliktuell. Von Bedeutung ist diesbezüglich, dass staatliche Institutionen Prekarität produzieren, wenn bspw. vorgesehene Zeit im Gesundheitsbereich an ökonomische, gewinnorientierte Maßstäbe geknüpft wird und nicht an menschliche Bedürfnisse (Lorey, 2012, S. 31). Um andere, sorgende demokratische Verhältnisse an- und vordenken zu können, dürfen viertens herrschaftsförmige Strukturen entlang von Produktions-, Geschlechter- Sexualitäts- und Ethnizitätsverhältnissen sowie postkolonialen Konstellationen nicht aus dem Blick geraten. Herrschaftsförmige Widersprüche und Konflikte müssen entsprechend wahrgenommen und kritisiert werden (Sauer, 2024, S. 39).

Sorge und Demokratie zusammenzudenken heißt, dass Bürger/-innen gesellschaftliche Sorgeverantwortung übernehmen. Das bedeutet nicht, dass die Durchführung von Sorgeaufgaben gleich verteilt wird, aber dass es eine Verpflichtung für alle gibt, die Sorgeverantwortung so zu verteilen, dass die demokratischen Grundwerte, wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für jede/-n Bürger/-in – Sorgende und zu Versorgende – erfüllt werden (Knobloch et al., 2022, S. 11). Die Anerkennung der grundlegenden Interdependenz menschlichen und nicht-menschlichen Lebens und von Vulnerabilität und Angewiesenheit verlangt nach globalen Transformationsperspektiven, die Politiken stärken, die gesellschaftliche Gestaltung ohne soziale und ökologische Zerstörung ermöglichen und sorgende Verhältnisse stärken.

Nachhaltigkeit aus einer sorgenden Perspektive

Sorge ist nicht nur auf menschliche Beziehungen beschränkt, sondern fasst all jene Tätigkeiten, die Menschen tun, um die Welt zu erhalten, zu reparieren und so weiter zu entwickeln, dass ein Leben in dieser Welt für alle gut möglich ist (Tronto, 1993, S. 103). Konflikte und Kämpfe um eine Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse macht die politische Ökologie (Gottschlich et al., 2022) zum Ausgangspunkt und fragt danach, wer von welchen Maßnahmen profitiert und wer welche Lasten trägt (Gottschlich & Katz, 2019, S. 13). Die Sorgekrise (Knobloch & Kleinert, 2022, S. 312) wird auch hinsichtlich der biophysischen Grundlagen menschlicher Gesellschaften immer deutlicher. Gesellschaften – und damit auch die Menschen, die in diesen leben – können den Abhängigkeiten zur Natur nicht entkommen (Brand, 2024, S. 46). Die Krisenhaftigkeit gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu verstehen und auf strukturell sorglose Politiken zurückzuführen.

Mit dem Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Brand & Görg, 2022) wird die wechselseitige Konstitution von Natur durch Gesellschaft und von Gesellschaft durch Natur in den Blick genommen. Feministische Forschung analysiert diesbezüglich unter anderen das historische Gewordensein der Dichotomie zwischen Natur und Kultur und damit verbundene gegenderte Impli-

kationen. Die Wissenschaftshistorikerin Carolyn Merchant (1987) legte bereits in den 1980er Jahren Wurzeln für den zerstörerischen Umgang mit Natur offen, die auch für heutige sozial-ökologische Krisen von Bedeutung sind. Die Erde wurde bis zum Beginn der Neuzeit als lebendiger Organismus angesehen, der Umgang mit Ressourcen erfolgte mit Bedacht. Mit dem profitorientierten Bergbau sei jedoch das Bild von „Mutter Erde“ – im wahrsten Sinne des Wortes – *untergraben* worden. Die Maschinentheorie wird in der modernen Welt Dreh- und Angelpunkt und mit dem naturwissenschaftlichen-technischen Fortschritt erschien die Natur zunehmend als Störfaktor. Naturbeherrschung und -aneignung werden damit im Übergang zur Neuzeit zum Programm (Merchant, 1987, S. 46). Im westlich-abendländischen Erkenntnismodell wird der Mensch im Übergang zur Neuzeit verstanden als „Herr und Besitzer der Natur“, wie es bei René Descartes (1596 – 1650) heißt. Descartes steht stellvertretend für eine sich nun etablierende „europatriarchale“ Weltsicht, in der die vielfältige Wirklichkeit reduziert und entlang dualistischer Gegensatzpaare konstruiert wird: Kultur – Natur, Mann – Frau, Subjekt – Objekt, Geist – Körper, Vernunft – Emotion, weiß – Schwarz, Produktion – Reproduktion, Mensch – Tier, um nur einige zu nennen. Diese konstruierten Gegensatzpaare sind zugleich hierarchisch entworfen: Natur wird über Kultur gestellt, Männer über Frauen, weiße über Schwarze Menschen. Die Philosophin Val Plumwood (1993) hat in ihrem Werk „Feminism and the Mastery of Nature“ gezeigt, wie die Herrschaft über Natur ideologisch mit der Herrschaft über Frauen zusammenhängt: Natur und alles vermeintlich naturnahe Weibliche, Wilde, Animalische, Nicht-Weiße wird als das „Andere“ abgewertet und der männlichen weißen Herrschaft unterworfen. Damit verbunden ist das Bestreben, sich als Mensch/Mann durch die Beherrschung der Natur aus ihrer Abhängigkeit zu befreien. Die Hierarchie zwischen Menschen und der nicht-menschlichen Natur kritisiert Plumwood als andro- und anthropozentrisch.

Feministische Politische Ökologie kritisiert die Vermarktlichung von Natur und setzt Wassermangel, Bodenerosion und Verlust von Biodiversität in Verbindung mit neoliberalen Wachstumsmodellen. Feministische Nachhaltigkeitsforschung und -praxis unterscheidet sich von dominanten technologisch orientierten Nachhaltigkeitsdiskursen und lehnt eine Weiterführung des Status quo – sei es im Gewand „ökologischer Modernisierung“, „nachhaltiger Globalisierungspolitik“ oder aktuell „grüner Ökonomie“ – ab. Gefordert wird, ökonomische und politische Governance neu zu denken und dabei die Dimension der Sorge und damit die Erhaltung und Gestaltung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen als zentral einzubeziehen (Gottschlich & Katz, 2016, S. 4).

Die Ausführungen zu einem sorgenden Nachhaltigkeitsverständnis und eine Verpflichtung dazu lassen sich bereits im zweiten Absatz der Johannesburg-Deklaration zur nachhaltigen Entwicklung finden, der wie folgt lautet: „We commit ourselves to building a humane, equitable and caring global society, cognizant of the need for human dignity for all.“ (UN 2002: Abs.2). In dieser Selbst-

verpflichtung wird der Bezug zu einer gerechten wie sorgenden Gesellschaft deutlich und darüber auch die Anerkennung, dass eine nachhaltige Gesellschaft sowohl Gerechtigkeit als auch Sorge braucht. Zugleich wird Sorge nicht als ethisches Prinzip des privaten Raums konzeptualisiert, sondern als sozialetische Kategorie, die eine Handlungsorientierung für die Gestaltung globaler Gesellschaften darstellt. Die Relevanz, die Sorge für Gerechtigkeit und das Erreichen von nachhaltigen globalen Gesellschaften zugeschrieben wird, entspricht jedoch nicht der Marginalisierung, die die Sorge-Perspektive im Nachhaltigkeitsdiskurs erfährt (Gottschlich 2017, S. 496f.). Das universalistische *wir*, welches insbesondere dem Brundtland-Bericht (1987) „Our common future“ und anderen UN-Dokumenten wie der Deklaration der Rio+20-Konferenz 2012 „The future we want“ zugrunde liegt, verweist indirekt auf die Abhängigkeit, Angewiesenheit und Verletzlichkeit von Menschen. Diese finden jedoch keine Übersetzung in Politiken einer institutionell-rechtlichen Verankerung von Sorgerechtigkeit, um sich den formulierten Zielen in den SDGs zu nähern (Gottschlich, 2017, S. 500-502). Entsprechend sollten machtpolitische Asymmetrien in den Blick genommen werden, die für das Zusammendenken von Sorge und Gerechtigkeit zentral sind (Gottschlich, 2017, S. 501f.). Daran anschließend stellt sich die Frage, wer ein Interesse an der Aufrechterhaltung und Stabilisierung sorgloser, nicht-nachhaltiger gesellschaftlicher Strukturen hat.

Impulse für eine global orientierte politische Bildung der Sorge

Sorge verstanden als existentielle Grundlage menschlichen Lebens, als zwischenmenschliche Praxis, durch die gegenseitige Abhängigkeiten als lebensnotwendig in den Vordergrund theoretischer Überlegungen und politischer Praxen gestellt wird, stellt einen Grundbegriff dar, der auch für Bildungszusammenhänge als konzeptioneller Rahmen genutzt werden sollte. Die Sorgeperspektive als Analysegrundlage für die Auseinandersetzung mit globalen Krisen sowie Antworten auf diese, stellt die Auseinandersetzung mit Denkweisen und politischen Strukturen in den Fokus, die mit der Hervorbringung der Krisen verbunden sind. Die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft als zentraler Anspruch von Bildung wird durch eine Sorgeperspektive auf ein breiteres Politikverständnis ausgeweitet, Fragen der Subjektivierung rücken in den Fokus und darüber die Verschränkung von gesellschaftlichen Strukturen und Individuen.

Eine global orientierte politische Bildung der Sorge muss die Strukturdimensionen der Sorglosigkeit thematisieren und darüber Lernende dazu befähigen, gesellschaftliche Verhältnisse und ihre Eingebundenheit in diese zu verstehen. Darüber verschiebt sich der Fokus von den Auswirkungen von Klimawandel, Umweltzerstörung, Armut oder Ungerechtigkeit hin zu strukturellen Ursachen dieser globalen Krisen. Die Auseinandersetzung mit Sorge-Realitäten und -Utopien kann dazu dienen, Gewohnheiten und selbstverständliches Denken zu ver-

uneindeutigen. Mit der Perspektive der Sorge geht es grundlegend darum, in Bildungsprozessen die Ausrichtung von Politik zu hinterfragen und zu reflektieren. Eine sorgende Perspektive in Bildungszusammenhängen zu stärken heißt, Vorstellungen von Subjektivität, Freiheit und Autonomie zu verhandeln oder auch für vorherrschende, normalisierte Vorstellungen diesbezüglich zu sensibilisieren.

Unsichtbares durch und in Bildungsprozessen sichtbar machen heißt, Akteure und Prozesse, die historisch und gegenwärtig für eine solidarischere und sorgendere Gestaltung von globalisierten Gesellschaften entstehen, einzubeziehen. Eine global orientierte Bildung rückt die Frage nach den systemischen Grundlagen für ein selbstbestimmtes und gutes Leben in Abhängigkeit in den Fokus. Thematisiert wird dabei wie diese Grundlagen politisch organisiert werden können bzw. schon jetzt in Nischen organisiert werden. Diskurse um Sorge stehen entsprechend in engem Zusammenhang mit dem Postulat politischer Bildung, die kritische Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeit von mündigen Subjekten zu fördern (Eis et al., 2015).

Ausgehend vom Konzept der „Sorge“ habe ich in diesem Beitrag nachgezeichnet, wie Sorge nicht nur für Verständnisse von Demokratie, sondern auch von Nachhaltigkeit bedeutsam ist. Durch Sorgeperspektiven als Grundlage von Gesellschaftsanalysen werden Interdependenzen zu einem spezifischen Bezugsrahmen gesellschaftlicher Reproduktionszusammenhänge. Das Politische wird in ein breiteres Verständnis gestellt. Bedingungen von Teilhabe und Subjektivierung, als ein grundlegender Anspruch von politischer Bildung, werden durch eine Sorgeperspektive erweitert. Eine global orientierte politische Bildung der Sorge basiert auf diesen grundlegenden strukturellen und politischen Zusammenhängen. Zugleich plädiere ich dafür, Sorge als analytische und normative Grundlage für eine global orientierte politische Bildung der Sorge zu verankern und Bildungsangebote und -prozesse sowie Lernziele entsprechend auszurichten.

Literatur

- Atzmüller, R., Binner, K., Décieux, F., Deindl, R., Kreissl, K. & Grubner, J. (2024). *Gesellschaft in Transformation. Sorge, Kämpfe und Kapitalismus*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Aulenbacher, B. (2020). Auf neuer Stufe vergesellschaftet: Care und soziale Reproduktion im Gegenwartskapitalismus. In K. Becker, K. Binner & F. Décieux (Hrsg.), *Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus* (S. 125–147). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22315-1_7
- Brand, U. (2024). Wider die strukturelle Sorglosigkeit des Kapitalismus. In R. Atzmüller, K. Binner, F. Décieux, R. Deindl, K. Gruber & J. Kreissl (Hrsg.), *Gesellschaft in Transformation. Sorge, Kämpfe Und Kapitalismus* (S. 45–54). Weinheim: Beltz Juventa.
- Brand, U. & Görg, C. (2022). Gesellschaftliche Naturverhältnisse. In D. Gottschlich, S. Hackfort, T. Schmitt & U. v. Winterfeld (Hrsg.), *Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden* (S. 37–50). Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839456279-003>
- Dück, J. (2016). Die Care-Krise aus Sicht eines materialistischen Feminismus. In M. Doneit, B. Lösch & M. Rodrian-Pfennig (Hrsg.), *Geschlecht ist Politisch* (S. 161–174). Opladen/Berlin/Tronto: Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/j.ctvdf0fps.13>

Eis, A., Lösch, B., Schroeder, A. & Steffens, G. (2015). Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung. *Journal für Politische Bildung*, 4, 94–96.

Gottschlich, D. (2017). *Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. <https://doi.org/10.5771/9783845257303>

Gottschlich, D., Hackfort, S., Schmitt, T. & Winterfeld, U. v. (Hrsg.) (2022). *Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.1515/9783839456279>

Gottschlich, D. & Katz, C. (2016). Sozial-Ökologische Transformation braucht Kritik an den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. *SuN Soziologie und Nachhaltigkeit*, 3.

Gottschlich, D. & Katz, C. (2019). Caring with Nature/s: Zur transformativen Bedeutung von Care in More Than Human Worlds. *New Perspectives in Gender Research, Working Paper Series*, 3, 8-30. <https://dx.doi.org/10.25595/2311>

Knobloch, U. & Kleinert, A. (2022). Sorge-Glossar. In U. Knobloch, H. Theobald, C. Denler, A. Kleinert, C. Gnadt & H. Lehner (Hrsg.), *Caring Societies - Sorgende Gesellschaften* (S. 294-328). Weinheim: Beltz Juventa.

Knobloch, U., Theobald, H., Denler, C., Kleinert A., Gnadt, C. & Lehner, H. (Hrsg.) (2022). *Caring Societies - Sorgende Gesellschaften*. Weinheim: Beltz Juventa.

Lorey, I. (2012). *Die Regierung des Prekären*. Wien: Turia + Kant.

Ludwig, G. (2013). Feministische Überlegungen zur Postdemokratie und der Entpolitisierung des Sozialen. *PVS*, 54(3), 461–484. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2013-3-461>

Maier, C. (2024). Eine Perspektive Der Sorge in Einem Strukturell Sorglosen Staat. In G. Ludwig & B. Sauer (Hrsg.), *Das Kälteste Aller Alten Ungeheuer?* (S. 159–180). Frankfurt/New York: Campus.

Merchant, C. (1987). *Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft*. München: Beck.

Plumwood, V. (1993). *Feminism and the Mastery of Nature*. New York/London: Routledge.

Puig de la Bellacasa, M. (2017). *Matters of Care. Speculative Ethics in More Than Human Worlds*. Minneapolis: University of Minnesota Press. <https://doi.org/10.1017/S2753906700002096>

Sauer, B. (2024). Politics of Care - Caring Politics. In R. Atzmüller, K. Binner, F. Décieux, R. Deindl, K. Kreissl & J. Gruber (Hrsg.), *Gesellschaft in Transformation. Sorge, Kämpfe und Kapitalismus* (S. 33–44). Weinheim: Beltz Juventa.

Tronto, J. (1993). *Moral Boundaries: A Political Argument for an Ethic of Care*. New York/London: Routledge.

Wichterich, C. (2013). Care - Sorgeextraktivismus. *Haushaltsökonomie in der Krise. Widerspruch*, 63, 66–73.

Winker, G. (2011). Soziale Reproduktion in der Krise. *Care Revolution als Perspektive. Das Argument*, 292, 333-44.

UN – United Nations (2002). *Johannesburg Deklaration on Sustainable Development*. A/CONF.199/20, 4. September 2002, www.un-documents.net/jburgdec.htm (Zugriff: 28.08.2025)

Dr.in Nilda Inkermann

ist PostDoc im Fachgebiet Didaktik der politischen Bildung an der Universität Kassel. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich insbesondere mit Globalem Lernen und BNE als politische Bildung im Kontext sozial-ökologischer Transformation. Ihre Dissertation trägt den Titel „Globale Bildung (in) der Transformation. Eine hegemonietheoretisch inspirierte Analyse der Transformationsverständnisse von Bildungsakteur/-innen des Globalen Lernens“ und ist als open access zugänglich: <https://www.wochenschau-verlag.de/Globale-Bildung-in-der-Transformation/41680>